

Hallo, liebe Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner!

1999 war es Jugoslawien, 2001 Afghanistan, 2003 Irak, 2011 Libyen und Anfang dieses Jahres Mali. Fast könnte man sich daran gewöhnen, dass die Imperialisten sich in schöner Regelmäßigkeit ein anderes Land herausuchen, über das sie herfallen. Doch Krieg als Normalität werden wir niemals akzeptieren. Deshalb sind wir heute hier, um Nein zu einem Überfall auf Syrien und um Nein zu allen imperialistischen Kriegen auf der Welt zu sagen.

Schon mehrmals hat es Versuche der imperialistischen Staaten gegeben, einen Vorwand für eine offene militärische Intervention zu finden. Nun scheint ein Punkt erreicht zu sein, an dem sie nicht länger darauf warten wollen, dass sich die von ihnen unterstützte bewaffnete Opposition im Bürgerkrieg durchsetzt. Der Sturz der Regierung Assad soll direkt durch ein kriegerisches Eingreifen von außen erreicht werden. Das Vorgehen erinnert fatal an den Beginn der Kriege gegen Jugoslawien und den Irak, für die ebenfalls Lügen über angebliche Massaker und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen herangezogen wurden.

Es ist an uns, klar und deutlich zu benennen, dass dieser Krieg kein Einsatz für „Demokratie und Menschenrechte“ ist, sondern ein imperialistischer Angriffskrieg, mit dem Profit-Interessen wie der gewünschte Bau von Pipelines und Bahnstrecken und das geostrategische Ziel der Schwächung des Iran verfolgt werden. Dabei lassen wir uns nicht von der deutschen Friedensheuchelei täuschen: Auch wenn sich jetzt Vertreter aller bürgerlicher Parteien „skeptisch“ zeigen, ein militärisches Eingreifen in Syrien wird auch von Deutschland unterstützt. Die Bundeswehr steht bereits an der türkisch-syrischen Grenze und im Mittelmeer. Die Bundesregierung hat keine Gelegenheit ausgelassen, um Öl ins Feuer des syrischen Bürgerkriegs zu gießen, sei es durch politische, finanzielle und materielle Unterstützung der syrischen Opposition, sei es durch große Waffenlieferungen an die Golf-Diktaturen Saudi-Arabien und Qatar, die die „Rebellen“ direkt mit Waffen ausrüsten. Auch der deutsche Imperialismus mischt in diesem Krieg mit. Wir fordern den Abzug der Bundeswehr aus dem Nahen Osten und den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte!

So wichtig es ist, dass wir heute hier sind, um gegen diesen und alle anderen Kriege zu demonstrieren, können wir uns nicht darauf beschränken, jährlich zum Antikriegs-

tag und an Ostern auf die Straße zu gehen. Auch Kriege im Ausland können nur erfolgreich geführt werden, wenn an der sogenannten Heimatfront Akzeptanz oder zumindest Gleichgültigkeit herrscht. Die Bundeswehr ist darauf angewiesen, ihr Image zu verbessern, und unsere Aufgabe ist es, zu verhindern dass ihr das gelingt.

Durch zahlreich öffentliche Auftritte soll die Bevölkerung an die Präsenz der Bundeswehr gewöhnt werden. Allein in Hamburg gab es letztes Jahr über hundert Schulveranstaltungen, auf denen die Bundeswehr Nachwuchs werben konnte. Die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher wird ausgenutzt. Wenn ihnen der Kapitalismus sonst schon nichts zu bieten hat, scheint ihnen zumindest die Bundeswehr eine sichere Karriere zu versprechen.

Doch es gibt auch Widerstand: Zum Beispiel versucht das Hamburger Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“ diesen Indoktrinierungs- und Rekrutierungsmethoden etwas entgegenzusetzen. Das Bündnis trägt durch seine Präsenz vor Schulen und Messen, an denen die Bundeswehr auftritt, einen Teil dazu bei, den Jugendlichen ein anderes Bild der Bundeswehr zu vermitteln. Bei verschiedenen Berufsmessen ist es gelungen, mit kleineren Aktivitäten und Protesten einige der MessebesucherInnen davon zu überzeugen, dass die Bundeswehr an diesen öffentlichen Orten nichts zu suchen hat.

Die Bundeswehr ist eben kein normaler Arbeitgeber, sondern mit mehreren tausend Soldaten weltweit als Besatzungsarmee im Einsatz, um die Profite des deutschen Monopolkapitals zu sichern. Wenn der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sich auf einen Plausch mit dem Kriegsminister trifft und, entgegen antimilitaristischer Beschlüsse der Gewerkschaften, das Verhältnis zur Bundeswehr normalisieren möchte, ist das beschämend. Die Bundeswehr verbreitet schließlich nicht nur Mord, Elend und Zerstörung in der Welt, sondern tut das auch auf Kosten der Arbeiterklasse und der Jugend in Deutschland. Die Milliarden, die von Rüstungsausgaben verschlungen werden, bräuchten wir zum Beispiel für bessere Schulen oder Ausbildungsplätze, die wirklich eine Perspektive bieten. Wir bleiben dabei:

- Kein Fußbreit der Bundeswehr!
- Nein zum Krieg gegen Syrien!
- Hoch die internationale Solidarität!